

Hellmeier, Sebastian

Article — Published Version

Polarisierung auf der Straße – Die politischen Folgen der Dynamiken von Protest und Gegenprotest

Forschungsjournal Soziale Bewegungen

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Hellmeier, Sebastian (2022) : Polarisierung auf der Straße – Die politischen Folgen der Dynamiken von Protest und Gegenprotest, Forschungsjournal Soziale Bewegungen, ISSN 2192-4848, De Gruyter, Berlin, Vol. 35, Iss. 2, pp. 336-350, <https://doi.org/10.1515/fjsb-2022-0023>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/295219>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Themenschwerpunkt

Sebastian Hellmeier*

Polarisierung auf der Straße – Die politischen Folgen der Dynamiken von Protest und Gegenprotest

<https://doi.org/10.1515/fjsb-2022-0023>

Zusammenfassung: Über das letzte Jahrzehnt hat die politische Mobilisierung von Rechts in Deutschland und Europa zugenommen. Insbesondere die Migrationsbewegungen seit 2015 waren für Netzwerke wie Pegida Anlass auf die Straße zu gehen. Auf der anderen Seite haben sich diverse zivilgesellschaftliche Akteure von antifaschistischen Gruppen über Gewerkschaften bis hin zu Kirchen organisiert, um in Form von Gegendemonstrationen ein Zeichen gegen Rechts und für Weltoffenheit zu setzen. Diese Mobilisierungsdynamiken von Protest und Gegenprotest fanden im Zuge der Konflikte um staatliche Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie ihre Fortsetzung. Proteste und Gegenproteste können zum einen Ausdruck einer bestehenden Polarisierung der Gesellschaft sein und bergen zum anderen das Risiko einer weiteren Polarisierung auf der Straße. Am Beispiel der Interaktion zwischen Pegida und der NoPegida-Bewegung diskutiert dieser Beitrag die möglichen Folgen von Gegenmobilisierung. Die Analysen legen nahe, dass Gegenproteste nicht zu einer Demobilisierung der Gegenseite führen. Nichtsdestotrotz können sie einen Positionierungsdruck auf politische Entscheidungsträger*innen ausüben, mediale Aufmerksamkeit für gesellschaftliche Konflikte generieren und die Vernetzung progressiver zivilgesellschaftlicher Akteure fördern.

Abstract: Over the last decade, mobilization from the far-right has increased in Germany and Europe. In particular, the migration flows since 2015 sparked street protests by movements like Pegida. Nevertheless, diverse civil society coalitions, including actors from anti-fascist groups, trade unions, and churches, have taken to the streets to counter far-right mobilization. These mobilization dynamics continue during protests for and against government measures to contain the Covid-19 pandemic. On the one hand, protests and counterprotests can indicate increasing polarization of society and, on the other hand, they carry the risk of further polar-

*Kontakt: Sebastian Hellmeier, Abteilung „Transformationen der Demokratie“, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin, Germany, Email: sebastian.hellmeier@wzb.eu

ization on the streets. Using the interaction between Pegida and the NoPegida movement as an example, this paper examines the potential consequences of counterprotests. The analyses suggest that countermobilization is unlikely to lead to demobilization of the opposing side. Nevertheless, it can force politicians and decision-makers to take a stand, generate media attention for existing societal conflicts, and facilitate networking among progressive civil society actors.

1 Covid-19 und die Fortsetzung von Polarisierungsdynamiken auf der Straße¹

Seit über zwei Jahren bestimmt die Corona-Pandemie Politik und Gesellschaft. Mit „Querdenken“ hat sich eine Bewegung formiert, die sich gegen staatliche Maßnahmen der Pandemiebekämpfung, aber in ihren radikalen Ausprägungen auch gegen den Staat und die freie Presse wendet. Insbesondere im Herbst und Winter 2021 kam es zu dezentral organisierten Protestmärschen in zahlreichen Städten Deutschlands. Das Radikalisierungspotenzial der Bewegung wurde früh erkannt (Grande et al. 2021) und über Zeit ließ sich die verstärkte Teilnahme rechtsextremer Gruppen feststellen. Aufmärsche vor den Privatwohnungen von Politiker*innen stehen exemplarisch für diese Entwicklung.

In weiten Teilen der Gesellschaft stießen die Querdenken-Proteste auf Unverständnis. Der Widerspruch gegen die Ziele der Bewegung wurde dennoch zunächst weniger auf der Straße, als primär im Netz, beispielsweise unter dem Label „Geradeausdenken“ organisiert, auch um Menschenansammlungen in der Pandemie zu vermeiden und Unterstützung für die geltenden Beschränkungen zu signalisieren (Mühe 2020). Über die Zeit mehrten sich die Aufrufe, man solle „klare Kante“² zeigen und die Straße nicht den Querdenker*innen überlassen. In der Folge fanden vielerorts Gegenprotesten statt, darunter auch Großdemonstrationen wie in Hamburg³ und kreative Aktionen wie Menschenketten mit Abstand in Heidelberg. Unter anderem in Dresden kam es zu Ausschreitungen zwischen Corona-Skeptiker*innen, Gegendemonstrierenden und der Polizei.⁴

1 Der Autor bedankt sich bei Elias Steinhilper für hilfreiche Kommentare und bei Nikolina Klatt für Hilfe bei der Bearbeitung des Manuskripts.

2 Jonas Wahmkow, „Klare Kante zeigen“, taz vom 19.01.2022, taz.de.

3 Deutsche Presse-Agentur, „Demo gegen Corona-Leugner und Impfgegner in Hamburg“, Zeit online vom 15.01.2022, zeit.de.

4 Deutsche Presse-Agentur, „Corona-Demos treffen in mehreren Städten auf Gegenprotest“, Zeit online vom 10.01.2022, zeit.de.

Diese Dynamiken von Protest und Gegenprotest stehen sinnbildlich für eine polarisierte Gesellschaft, in der sich politische Lager unversöhnlich gegenüberstehen und sich nicht nur diskursiv, sondern in kollektivem Handeln konfrontieren. Mancherorts lassen sich die Auseinandersetzungen um die Corona-Maßnahmen als Fortführung bestehender gesellschaftlicher Konflikte lesen, die insbesondere seit den Auseinandersetzungen um Migration im Jahr 2015 sichtbar wurden. Dies zeigt sich beispielsweise durch die Teilnahme rechtsextremer Organisationen an Corona-Demonstrationen, die schon während der sogenannten Flüchtlingskrise protestiert haben (Panreck 2021). Auch auf der Seite der Gegner*innen der Querdenken-Bewegung treten bereits bekannte Akteure in Erscheinung. In Hamburg war das „Hamburger Bündnis gegen Rechts“ an der Organisation von GegenDemonstrationen beteiligt. In Dortmund rief die Antifa zum Gegenprotest auf.

Wiederkehrende Mobilisierung und Gegenmobilisierung drücken eine zunehmende gesellschaftliche Polarisierung aus. Während die direkte gegenseitige Bezugnahme von Akteuren mit polarisierten Einstellungen weit verbreitet und in verschiedenen thematischen Kontexten dokumentiert ist, steckt die Forschung zur Rolle von Gegenprotest noch in den Kinderschuhen. Vor diesem Hintergrund adressiert der vorliegende Artikel die folgenden Fragen: Was sind die Folgen von Gegenprotesten? Führen sie zur Demobilisierung der Gegenseite? Oder sind sie überspitzt formuliert eher Selbstzweck, um sich der eigenen Zugehörigkeit zur „guten Seite“ zu vergewissern? Angesichts der andauernden Mobilisierung sich unversöhnlich gegenüberstehender gesellschaftlicher Gruppen, ist eine empirische Auseinandersetzung mit den Folgen von Gegenmobilisierung unabdingbar.

Ausgehend von Protesten für und gegen die Pegida-Bewegung beleuchtet dieser Beitrag die möglichen Folgen von Gegenprotesten als Ausdruck und möglichen Treiber von Polarisierung auf der Straße. Mithilfe einer deskriptiven Analyse von Protestereignissen zwischen 2014 und 2017 zeige ich, dass eine Demobilisierung rechtspopulistischer Bewegungen durch Gegenproteste unwahrscheinlich ist. Im Gegenteil besteht die Gefahr, dass es kurzfristig zu einer Mobilisierungsspirale um die Dominanz auf der Straße kommen kann.⁵ Um den Blick für weitere mögliche Folgen der Gegenmobilisierung zu weiten, werden die Ereignisdaten durch Interviews mit Organisator*innen der Proteste gegen Pegida ergänzt. Diese zeigen, dass Gegenproteste Positionierungsdruck auf politische Entscheidungsträger*innen ausüben können. Darüber hinaus generieren sie mediales Interesse, und damit eine erhöhte gesellschaftliche Aufmerksamkeit für bestehende Kon-

⁵ Dieser Befund basiert auf der Beobachtung, dass Teilnehmendenzahlen bei Pegida-Demonstrationen steigen, wenn in der Vorwoche eine große Gegendemonstration stattgefunden hat. Für eine tiefergehende Analyse dieses Zusammenhangs, siehe Vüllers/Hellmeier (2022).

flikte, und fördern die Vernetzung progressiver zivilgesellschaftlicher Akteure. Insofern ist Gegenmobilisierung ein zweischneidiges Schwert. Sie kann insbesondere auf lokaler Ebene kurzfristig zu einer Verhärtung von Konflikten auf der Straße führen, aber eben auch zu einer Verlagerung gesellschaftlicher Konflikte in die demokratischen Institutionen.

2 Zunahme rechter Mobilisierung und Gegenmobilisierung in Europa

Nach einer langen Fokussierung auf rechte Parteien und deren Abschneiden bei Wahlen hat das wissenschaftliche Interesse am Rechtspopulismus als sozialer Bewegung zwischen Partei und Straße in Europa zugenommen (Rucht 2017; Castelli Gattinara/Pirro 2019; Minkenberg 2019). Eine Ursache des gestiegenen Interesses ist der Anstieg rechter Protestmobilisierung über die letzten Jahre, nachdem Straßenproteste lange Zeit als Strategie der politischen Linken galten (Hutter/Kriesi 2013). Dieser Trend lässt sich mithilfe von Protestdaten über Länder hinweg empirisch nachzeichnen. In ihrer Langzeitbetrachtung von Protestinhalten zeigen Hutter und Borbáth (2019) beispielsweise, dass Protest in Westeuropa seit den 1990er Jahren zunehmend das Thema Zuwanderung als Gegenstand hat und dass damit eine Polarisierung auf der Straße einherging. Auf der einen Seite protestieren diejenigen, die gegen Zuwanderung sind, auf der anderen Seite diejenigen, die sich für mehr Rechte für Migrant*innen einsetzen.

In einer aktuellen Studie stellen Castelli Gattinara, Froio und Pirro (2021) einen Anstieg rechter Proteste zwischen 2008 und 2018 über elf europäische Länder hinweg fest.⁶ Abbildung 1 dokumentiert diese Zunahme über die Zeit. Mit deutlich mehr als 250 Protestereignissen stellt das Jahr 2015 rund um den starken temporären Zuwachs an Asylsuchenden den vorläufigen Höhepunkt rechter Mobilisierung dar. Die Daten zeigen auch einen absoluten Anstieg der Gegenproteste seit 2011. Diese Entwicklung deutet auf eine gestiegene Polarisierung auf den Straßen Europas hin. Daher stellt sich umso dringender die Frage nach den Folgen dieser Entwicklung. Im Folgenden beschreibe ich Erkenntnisse, die man aus den Mobilisierungsdynamiken rund um Pegida und deren Gegner*innen in Deutschland ableiten kann.

⁶ Dieser Trend trifft nicht auf alle elf in der Studie untersuchten Länder gleichsam zu, siehe Castelli Gattinara et al. (2021: 11).

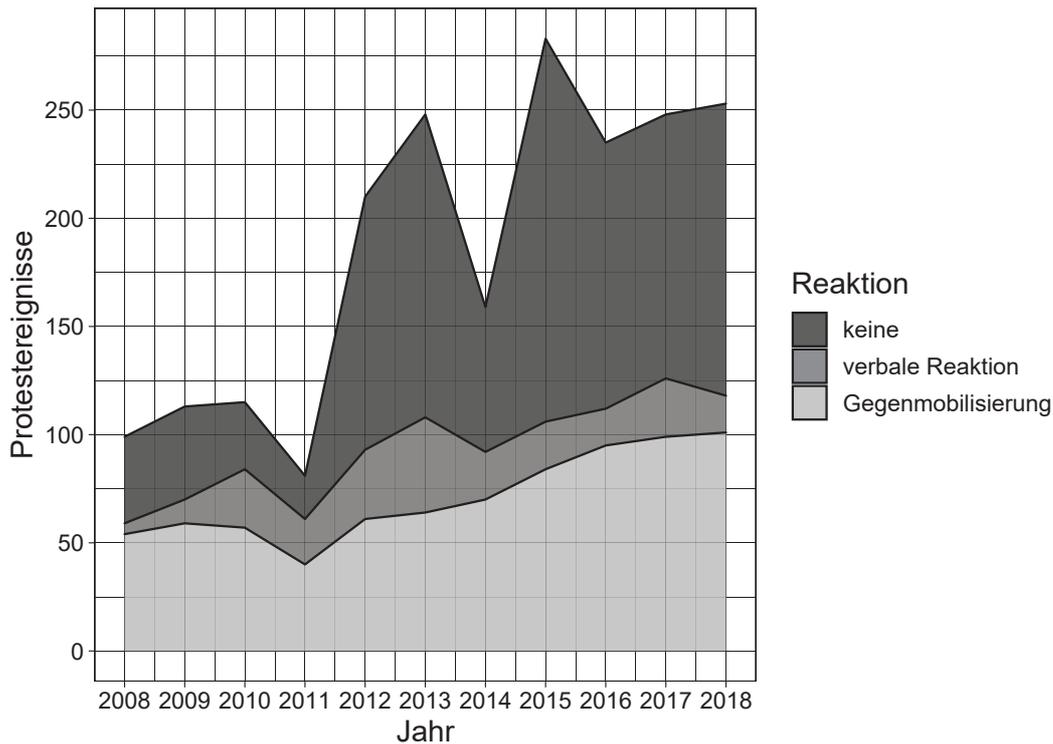


Abbildung 1: Rechte Proteste und Reaktionen zwischen 2008 und 2018 in elf europäischen Ländern. Eigene Darstellung basierend auf Daten von Castelli Gattinara et al. (2021).

3 Einsichten von Pegida versus NoPegida

Pegida, kurz für Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes, gilt als eine der größten rechtspopulistischen Bewegungen in der deutschen Geschichte (Rucht 2018: 235). Der Ursprung der Bewegung lässt sich auf eine private Facebook-Gruppe zurückführen und die ersten Proteste fanden im Oktober 2014 in Dresden statt. Die Bewegung breitete sich schnell auf zahlreiche andere deutsche Städte aus, der Fokus der Mobilisierung blieb jedoch Dresden, wo das höchste Mobilisierungsniveau erreicht wurde und wo es bis heute regelmäßig zu Demonstrationen kommt. Im Gegensatz dazu stellten die Pegida-Ableger in anderen Städten und Ländern (zum Beispiel Österreich, Niederlande, Norwegen) ihre Protestaktivitäten in den folgenden Jahren ein (Berntzen/Weisskircher 2016).

Während die politische Kultur in Sachsen den Weg für den anfänglichen Erfolg von Pegida ebnete, ermöglichte das Vorherrschen fremdenfeindlicher und rassistischer Einstellungen in der deutschen Gesellschaft die Diffusion der Bewegung (Virchow 2016). Das ursprüngliche Thema der Proteste – Deutschland als vermeintlicher Schauplatz gewaltsamer religiöser Konflikte – weitete sich schnell zu einer umfassenden Forderung nach einer Begrenzung von Zuwanderung und

einer besseren Ausstattung von Polizei und Justiz aus (Vorländer et al. 2018: 12 ff). Die meisten Teilnehmenden wurden von einer allgemeinen Unzufriedenheit mit dem politischen System und der in den etablierten Leitmedien veröffentlichten Meinung angetrieben, während es nur einer Minderheit um konkrete Forderungen wie die Ablehnung von Einwanderung oder religiös motivierter Gewalt ging (Vorländer et al. 2018: 88). Im Vergleich zu anderen Großdemonstrationen in Deutschland waren die Teilnehmenden der Pegida-Proteste jünger und häufiger männlich (Daphi et al. 2021).

Ein Grund für den initialen Erfolg der Bewegung bei Menschen jenseits etablierter rechter Gruppen waren die verschiedenen Bezüge der Bewegung zu (erfolgreichen) deutschen Protesten in der Vergangenheit und ihr Anspruch, die „schweigende Mehrheit“ zu vertreten (siehe auch Volk 2020). Dies drückte sich beispielsweise durch die Verwendung des von der Freiheitsbewegung in der DDR verwendeten Slogans „Wir sind das Volk!“ aus und der Tatsache, dass der Protest wie in der DDR immer montags stattfand (Patton 2017). Außerdem erleichterte das Konzept eines „Abendspaziergangs“ als Aktionsform in den ersten Wellen der Pegida-Bewegung vielen Menschen außerhalb des rechten Spektrums die Teilnahme an den Protesten. Die Unterstützung aus der Gesellschaft nahm jedoch ab, da die Veranstaltungen zunehmend rassistischer und aggressiver im Ton wurden.

Als Antwort auf Pegida wurden in ganz Deutschland neue zivilgesellschaftliche Bündnisse gegründet oder bestehende aktiviert, um Gegenprotest gegen Pegida und ihre regionalen Ableger zu organisieren und ein Zeichen für Werte wie Toleranz und Weltoffenheit zu setzen. Diese dezentralen Netzwerke werden in der Forschung auch als NoPegida-Bewegung bezeichnet (Marg et al. 2016). Teilnehmende bei Gegendemonstrationen waren vergleichsweise jung und stammten aus dem akademischen Milieu. Das vorrangige Ziel der Gegenbewegung war vor allem dem Anspruch Pegidas, die Repräsentantin der „schweigenden Mehrheit“ zu sein, etwas entgegenzusetzen. Aktionen von NoPegida hatten teilweise auch das Ziel, die Protestmärsche der Bewegung zu unterbrechen oder diese durch kreative Aktionen wie dem „Frühjahrsputz“ in Dresden, bei dem nach den Pegida-Demonstrationen die Straßen gekehrt wurden, zu konterkarieren (Vorländer et al. 2018). Viele der progressiven Bündnisse wie beispielsweise „Dresden für Alle“ oder „Unteilbar“ sind auch nach dem Rückgang der Mobilisierung durch Pegida weiterhin aktiv.

Zur Analyse der Mobilisierungsdynamiken und ihrer Folgen nutze ich zunächst eigens erhobene Daten zu Protestereignissen. Um die weniger direkt messbaren Folgen der Gegenmobilisierung, wie sie von Seiten der Aktivist*innen wahrgenommen werden, zu untersuchen, habe ich ergänzend Interviews mit Organisator*innen von Gegendemonstrationen geführt.

3.1 Mobilisierungsdynamiken und Polarisierung

Zunächst stellt sich die Frage, ob breite Gegenproteste zur Demobilisierung einer Bewegung führen können. Die soziale Bewegungsforschung legt einen solchen Zusammenhang weder theoretisch noch empirisch nahe. Zwar lässt sich argumentieren, dass große Gegenmobilisierung die wahrgenommene Erfolgswahrscheinlichkeit der Protestierenden senkt und sie daher nicht bereit sind, weitere Zeit für Demonstrationen aufzuwenden. Jedoch ist es wahrscheinlicher, dass Begegnungen zwischen sich gegenüberstehenden Bewegungen zur *boundary formation* (Alimi et al. 2015) oder *boundary activation* (Tilly/Tarrow 2015: 36) führen, und sie damit die Schaffung eines „wir gegen die“ Verständnisses fördern. Interaktionen zwischen Demonstrierenden und Gegendemonstrierenden beinhalten oft hitzige Debatten mit gegenseitigen Beleidigungen und in einigen Fällen auch Gewalt. Die gemeinsame Erfahrung solcher Auseinandersetzungen verbindet die Aktivist*innen auf der jeweiligen Seite und schafft kollektive Identitäten, die für die zukünftige Mobilisierung genutzt werden können (Snow 2013: 267). Darüber hinaus kann es zu einer Art Mobilisierungsspirale kommen, da die Dominanz der Straße nicht der Gegenseite überlassen werden möchte. Die erfolgreiche Mobilisierung einer Seite schafft also auch immer einen Mobilisierungsanreiz für die andere Seite (Meyer/Staggenborg 1996).⁷

Unsere Daten zu Protestveranstaltungen⁸ der Pegida-Bewegung in Deutschland zwischen 2014 und 2017 (Vüllers/Hellmeier 2022) ermöglichen eine systematische Analyse dieser Dynamiken. Der Datensatz enthält Informationen zu Ereignissen in 89 Großstädten in Deutschland, basierend auf Medienberichten lokaler und regionaler Zeitungen. Für jede Stadt haben wir eine Stichwortsuche durchgeführt, die unter anderem den Städtenamen und den Begriff Pegida enthielt. Die automatisch abgerufenen Beiträge (n = 20.500) wurden manuell gesichtet und relevante Informationen zu Ort, Zeit, Größe, Gewalt und Slogans der Demonstrierenden extrahiert.

Insgesamt beinhaltet der Datensatz 326 Pegida-Protestereignisse mit circa 337.000 Teilnehmenden an Pegida-Demonstrationen sowie 387 Ereignisse (521.000 Teilnehmende) von Protesten gegen Pegida. Hierbei handelt es sich um

⁷ Auch die vor kurzem veröffentlichte Studie von Castelli Gattinara, Froio und Pirro (2021) zu rechter Mobilisierung in Europa findet keinen demobilisierenden Effekt von Gegenprotesten. Allerdings zeigt die Arbeit von Zeller (2021), dass gewaltsame Gegenmobilisierung in Kombination mit staatlichen Demonstrationsverboten zur Demobilisierung der Rudolf-Heß-Gedenkmärsche geführt hat.

⁸ Unsere Daten beinhalten öffentliche Versammlungen, darunter vor allem Demonstrationen, aber auch vereinzelt Konzerte und Mahnwachen.

eine konservative Schätzung der tatsächlichen Mobilisierung, da zum einen nur Proteste in Großstädten erfasst wurden und umfangreiche Forschung zeigt, dass nicht jedes Ereignis den Eingang in die mediale Berichterstattung findet (Earl et al. 2004).

Abbildung 2 zeigt die Akteurskonstellationen bei den erfassten Mobilisierungen. Im Schnitt kam es bei zwei Dritteln der Pegida-Proteste zu direkten Gegenprotesten am selben Tag und in derselben Stadt. Auffällig ist dabei, dass Gegenmobilisierung nicht nur unmittelbar um Pegida-Proteste stattfand. Insbesondere zu Beginn der Ausbreitung der Bewegung, als sich Menschen in einigen Städten präventiv der Diffusion von Pegida entgegenstellten, und während der Auseinandersetzung um die Deutung der terroristischen Anschläge gegen Charlie Hebdo im Januar 2015, kam es zu separaten Demonstrationen. In diesem Kontext wollte NoPegida vor allem eine Instrumentalisierung der Terroranschläge durch die Rechten verhindern. Mit dem Abflauen der Pegida-Demonstrationen außerhalb Dresdens sank auch die wahrgenommene Notwendigkeit über direkte Gegendemonstrationen hinaus zu mobilisieren. In Städten wie Dresden kam es (und kommt es weiterhin) zu einem ritualisierten Ablauf von Pegida-Protesten und Gegendemonstrationen.

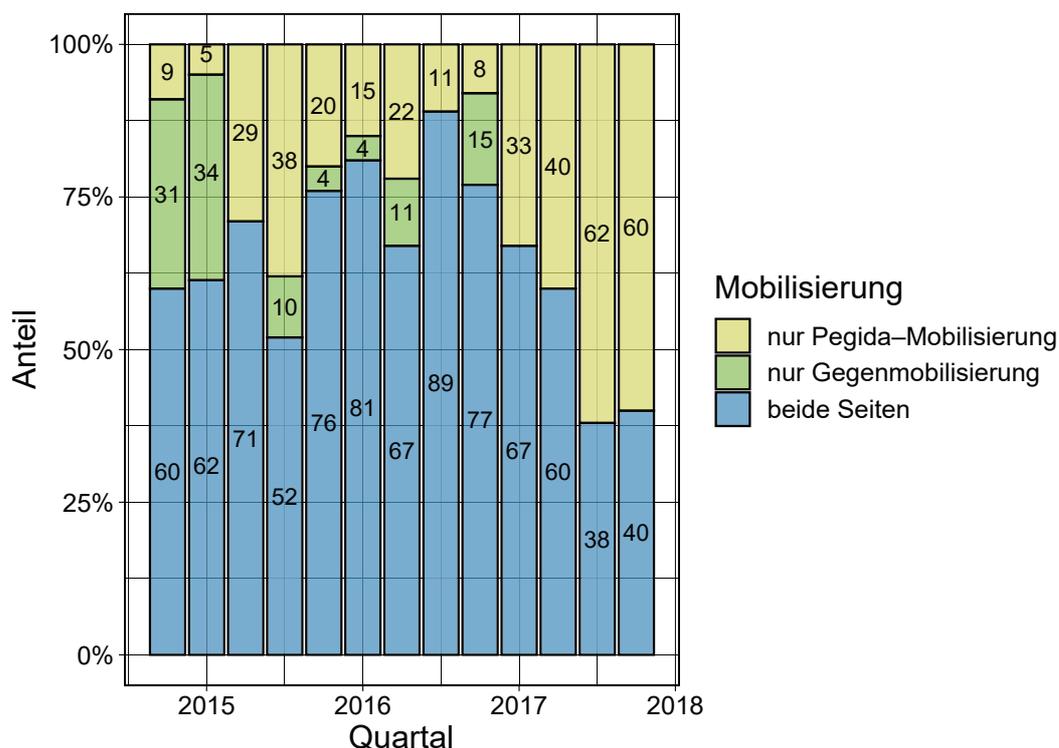


Abbildung 2: Akteurskonstellationen bei Protestveranstaltungen im Zusammenhang mit Pegida (Angaben in Prozent). Eigene Darstellung basierend auf Daten von Vüllers und Hellmeier (2022).

Mithilfe der Ereignisdaten lässt sich deskriptiv untersuchen, wie sich die Gegenmobilisierung auf die Dynamik der Pegida-Proteste ausgewirkt hat. Abbildung 3 zeigt den Zusammenhang zwischen der Größe einer Gegendemonstration in der Vorwoche und Teilnehmerszahlen beim Pegida-Protest in der Folgewoche. Die Skalen wurden logarithmiert, da die wenigen sehr großen Proteste mit mehreren zehntausenden Teilnehmenden in Leipzig und Dresden die Dynamiken in den meisten Städten überlagern würden.⁹ Die Abbildung zeigt einen positiven Zusammenhang zwischen der Zahl der Gegendemonstrierenden und den Teilnehmerszahlen bei nachfolgenden Pegida-Protesten. Der Zusammenhang zeigt sich sowohl in den westdeutschen als auch in den ostdeutschen Bundesländern, wobei er im Westen etwas stärker ist. Diese deskriptive Analyse bestätigt die oben beschriebene Polarisierungshypothese und Mobilisierungsspirale: In der Folge von großen Gegenprotesten beobachten wir eine stärkere Mobilisierung von Pegida. Für eine systematischere Analyse dieser Dynamiken, in der wichtige alternative Erklärungen ausgeschlossen werden, siehe Vüllers und Hellmeier (2022).¹⁰ Weitere Analysen der Daten zeigen unter anderem, dass insbesondere gewaltsame Gegendemonstrationen zu mehr Pegida-Protesten in den untersuchten Städten führen (ibid.). Die quantitative Analyse legt nahe, dass eine Demobilisierung durch Gegenproteste zumindest kurzfristig eher unwahrscheinlich ist.

Während sich Mobilisierungsdynamiken mit Protestdaten gut nachzeichnen lassen, gibt es weitere mögliche Konsequenzen der Gegenmobilisierung, die schwerer messbar sind. Um einen Einblick in diese zu geben, habe ich im Dezember 2021 Interviews mit sechs Aktivist*innen geführt, die laut der zuvor beschriebenen Protestdaten an der Organisation von Gegendemonstrationen gegen Pegida in verschiedenen Städten in Deutschland (unter anderem in Dresden, Würzburg, Freiburg, Schwerin und Wuppertal) beteiligt waren. Ich habe diese im Rahmen von semistrukturierten Interviews befragt, um die wahrgenommenen mittel- bis langfristigen Folgen der Gegenmobilisierung zu untersuchen.¹¹

⁹ Die Verteilung der Teilnehmerszahlen ist schief, das heißt bei der Mehrzahl der Proteste nahmen wenige hundert bis tausend Menschen teil. Bei wenigen Ereignissen in Dresden und Leipzig nahmen hingegen mehr als zwanzigtausend teil. Diese Ereignisse würden den Zusammenhang verzerren. Durch die Logarithmierung nähert sich die Verteilung der Teilnehmerszahlen der Normalverteilung an.

¹⁰ Ein kausaler Zusammenhang lässt sich aufgrund der wechselseitigen Dynamiken und Antizipationseffekten nur schwer belegen.

¹¹ Die Gesprächspartner*innen sind keine repräsentative Stichprobe aller Aktivist*innen. Insbesondere Repräsentant*innen radikalerer Gruppierungen waren nicht vertreten.

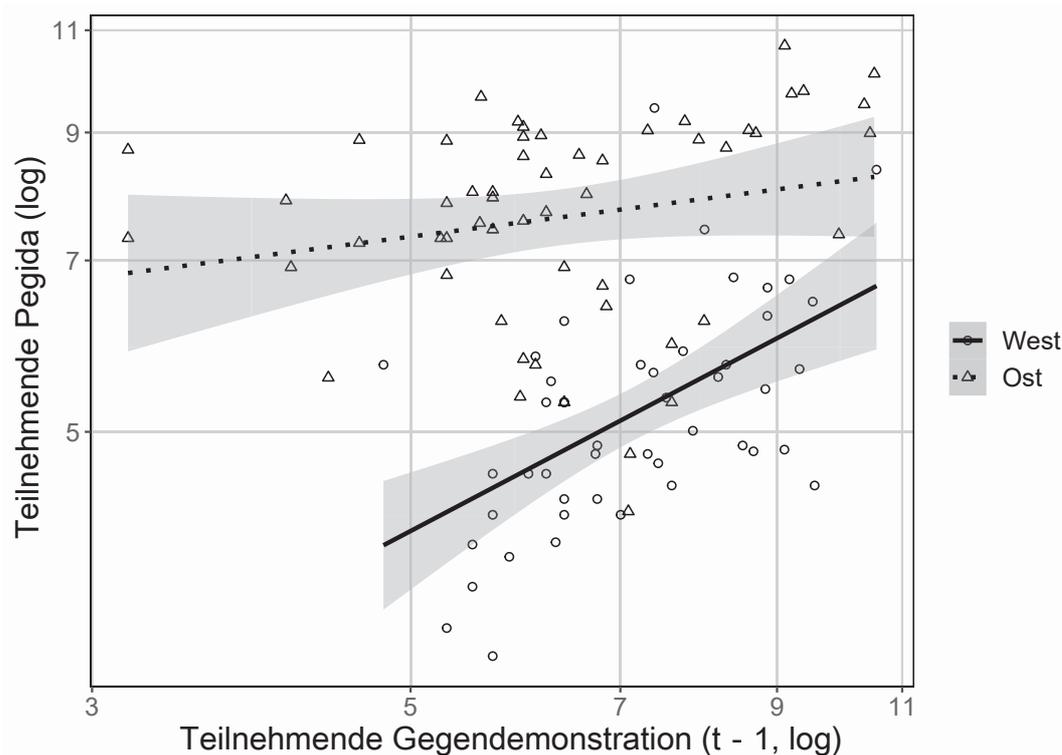


Abbildung 3: Zusammenhang zwischen Teilnehmenden an Gegendemonstrationen in der Vorwoche ($t-1$) und an nachfolgender Pegida-Demonstrationen in derselben Stadt. Eigene Darstellung basierend auf Daten von Vüllers und Hellmeier (2022).

Zunächst ist festzuhalten, dass die Interviews die Ergebnisse der quantitativen Deskription größtenteils stützen. Keine befragte Person beschrieb eine direkte demobilisierende Wirkung der Gegenproteste. Anhänger*innen der Pegida-Bewegung seien zwar von den Gegendemonstrationen „genervt“ (I1) gewesen, aber ab einem gewissen Zeitpunkt „(...) [w]aren die Fronten so verhärtet; da überzeugt man keinen mehr.“ (I1) Im Gegenteil: „Manchen verschafft es eine innere Befriedigung, sich den Gegendemonstrierenden optisch erkennbar mit Beschimpfungen, Parolen und Handgesten zu präsentieren.“ (I2) Eine Person berichtete, dass das Zusammentreffen bei der Demonstration immerhin zu einem konstruktiven Gespräch im Nachgang der Veranstaltung geführt habe. Lediglich in Würzburg habe die Beständigkeit der Gegendemonstrationen und die erkennbare Bürgerlichkeit des Gegenprotests Wügida, dem lokalen Pegida-Ableger, „ein Stück weit den Zahn gezogen“ (I6). Moderate Protestierende hätten sich mehr und mehr zurückgezogen und in der Folge seien vor allem Rechtsradikale zu den Demonstrationen erschienen. Allerdings wurde auch beschrieben, wie große Gegenproteste das Opfer-Narrativ der Rechten befeuert hätten, die Gegenproteste würden die Meinungsfreiheit einschränken.

3.2 Weitere Auswirkungen der Gegenproteste

Neben den direkten Auswirkungen auf die Mobilisierung der Gegenseite beschreiben die Befragten weitere Folgen, darunter (1) die Erhöhung des Positionierungsdrucks auf Entscheidungstragende in der Politik, (2) das Erzeugen von Aufmerksamkeit bei Medien und bisher unbeteiligten Bürger*innen, und (3) die bessere Vernetzung progressiver zivilgesellschaftlicher Bündnisse in Folge der Gegenmobilisierung.

Die Ankündigung und Organisation von Gegenprotesten setzen Parteien unter Zugzwang. Je nach Akteurskonstellation auf der lokalen Ebene bieten Gegenproteste Parteien entweder eine Chance sich durch ihre Unterstützung der Proteste zu profilieren oder sie erhöhen zumindest den Druck sich zu den Protesten zu verhalten und Position zu beziehen. In Städten wie Freiburg, beispielsweise, in denen Parteien links der Mitte dominieren und es in erster Linie zu präventiver Gegenmobilisierung kam – Pegida fasste dort nie Fuß – gab es direkte organisatorische Unterstützung, insbesondere durch die Grünen, die SPD, die Linke und die Piratenpartei, unter anderem durch die Bereitstellung technischen Gerätes (I4). Sowohl der damalige Oberbürgermeister als auch die südbadische Regierungspräsidentin unterstützten öffentlich die Demonstration im Januar 2015, die mit 20.000 Teilnehmenden eine der größten Demonstrationen in der Geschichte der Stadt war.¹² Auch in Würzburg hätten die Parteien zusammengestanden und es habe eine klare Positionierung gegen Rechts gegeben. Dabei hätten laut den Interviews die Entscheidungstragenden über die Zeit auch ihre Herangehensweise im Umgang mit rechten Bewegungen angepasst. Nach dem Messerangriff im Juni 2021, bei dem ein aus Somalia stammender Mann drei Menschen in der Würzburger Innenstadt getötet hatte, habe man sehr sensibel reagiert, um eine Instrumentalisierung durch Rechte zu verhindern.¹³ Unter anderem habe es einen Aufruf zum Zusammenhalt aus der Politik gegeben. (I6)

In Städten, in denen es zu Mobilisierung auf beiden Seiten kam, übten die Gegenproteste Druck auf die Politik aus, sich zu positionieren. Aus Sicht einer befragten Person bestand das Problem darin, dass sich die lokale Politik „(...) zur Neutralität verpflichtet sieht. Und dass man die Sache der Zivilgesellschaft überlässt.“ (I5) Aus Sicht einer anderen Person führten die Demonstrationen aber dazu, dass sich „die Stadt damit auseinandersetzen muss (...), und der Oberbürgermeister ist gezwungen (...) Position zu beziehen.“ (I1). Dies kann Auswir-

¹² Deutsche Presse-Agentur, „20.000 Menschen demonstrieren gegen Pegida“, Stuttgarter Zeitung vom 23.01.2015, stuttgarter-zeitung.de.

¹³ Ein islamistischer Hintergrund der Tat wurde im Zuge der Ermittlungen ausgeschlossen.



kungen auf die konkrete Politikgestaltung vor Ort haben. So stellte der Dresdner Oberbürgermeister im Jahr 2017 nach Konsultation vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen ein Handlungsprogramm vor, das auf die Gefahr der Verbreitung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit durch Pegida aufmerksam machte.¹⁴ Dieser Positionierungsdruck muss nicht erfolgreich sein und hängt vor allem mit den politischen Kräfteverhältnissen auf der lokalen Ebene zusammen. So merkt ein*e Gesprächspartner*in an, dass „diejenigen, die adressiert waren, (...) auch die Politiker, die im Publikum der Demonstration saßen und mitdemonstriert haben, (...) nicht verstanden haben, dass sie Teil des Problems sind“ (I3).

Darüber hinaus erhöhen die Gegendemonstrationen die Aufmerksamkeit für bestehende gesellschaftliche Konflikte und sie machen den verbreiteten Widerspruch gegen die Ziele rechter Bewegungen öffentlich. Die Veranstaltungen hätten zu „einem Aufhorchen“ (I2), Aufmerksamkeit und öffentlichem Interesse geführt (I5), beispielsweise durch Berichterstattung in der Tagesschau. Die Gegendemonstrationen können somit auch Menschen politisieren, die bisher nicht über das Protestgeschehen informiert waren: „Wir haben in dieser Stadt eine Menge Leute, denen gar nicht bewusst ist, dass es Pegida immer noch gibt“ (I1).

¹⁴ Antonie Rietzschel, „Wenn die CDU mit AfD und NPD stimmt“, Süddeutsche Zeitung vom 9. September 2017, Sueddeutsche.de.

Zuletzt haben die Mobilisierungsbemühungen gegen Pegida laut Aussagen der Aktivist*innen außerdem zur Vernetzung progressiver innerstädtischer Bündnisse in der Zivilgesellschaft beigetragen. Gemeinsam organisierte Protestveranstaltungen böten dabei die Möglichkeit übergreifend zusammenzuarbeiten. Dabei ginge es letztlich um das „Postulieren von gemeinsamen Werten und (...) einer Zukunftsversion für die Stadt“ (I4). Als Beispiel für einen solchen Zusammenschluss wird „Freiberg für alle“ in Sachsen genannt, ein Bündnis aus verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen, das sich für eine lebenswertere Stadt einsetzt. Dieser Befund deckt sich mit Erkenntnissen zum Bündnis „Unteilbar“, das sich nachhaltig und dauerhaft als zivilgesellschaftlicher Akteur etabliert hat (Stjepandić et al. 2022).

Auch wenn die Interviews deutlich machen, dass die Folgen von Gegenmobilisierung regional unterschiedlich sind, insbesondere in Abhängigkeit von politischen Verhältnissen auf lokaler Ebene, zeigen sie doch, dass die Folgen über den direkten Einfluss auf die Gegenseite hinausgehen. Positionierungsdruck, mediale Aufmerksamkeit und Vernetzung sind mögliche positive Konsequenzen, die dem negativen Befund einer weiteren Polarisierung auf der Straße entgegenstehen.

4 Ausblick

Wie dieser Beitrag im Hinblick auf rechte Proteste und Gegenproteste gezeigt hat, hat die Polarisierung auf Europas Straßen zugenommen. Die Corona-Pandemie hat außerdem weitere Mobilisierung sich unversöhnlich gegenüberstehender Gruppen hervorgebracht. Diese Proteste wurden von neu entstanden Gruppierungen wie Querdenken, aber auch von bestehenden zivilgesellschaftlichen Akteuren organisiert. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird man auch in Zukunft vermehrt Proteste und Gegenproteste beobachten. Der Zuzug zahlreicher Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, die wirtschaftlichen Folgen des Ukraine-Krieges und der Sanktionen sowie der Klimawandel sind nur einige Themen, die ein hohes Mobilisierungspotenzial haben. Sowohl rechte als auch progressive zivilgesellschaftliche Akteure können auf bestehenden Netzwerken zur Mobilisierung aufbauen.

Die Befunde dieses Beitrags unterstreichen die Ambivalenz der Folgen von Gegenprotest. Auf der einen Seite ist insbesondere die Auseinandersetzung auf der Straße wenig geeignet, Konflikte aufzulösen und Deliberation zu ermöglichen. Konfrontationen bergen das Risiko der Verhärtung gesellschaftlicher Spannungslinien und das Auseinanderdriften der Stadtgesellschaft. Auf der anderen Seite kann Gegenmobilisierung Aufmerksamkeit für gesellschaftliche Konflikte schaffen und die Agenda der Politik beeinflussen. Dadurch besteht die Möglich-

keit, dass Konflikte den Weg von der Straße in die demokratischen Institutionen finden. Gegenproteste können auch zu einer besseren Vernetzung progressiver Bewegungen über die Organisation von Protestveranstaltungen hinaus führen. Dadurch kommt es zu einer breiten Auseinandersetzung über gesellschaftliche Werte und Visionen für die Zukunft. Angesichts dieser gemischten Befunde bleibt Gegenprotest ein zweischneidiges Schwert, mit ambivalenten gesellschaftlichen Folgen.

Sebastian Hellmeier ist Politikwissenschaftler und arbeitet am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) in der Abteilung „Transformationen der Demokratie“. Kontakt: sebastian.hellmeier@wzb-berlin.de.

Literatur

- Alimi, Eitan Y./Bosi, Lorenzo/Demetriou, Chares* 2015: The Dynamics of Radicalization: A Relational and Comparative Perspective. Oxford University Press.
- Berntzen, Lars Erik/Weisskircher, Manès* 2016: Anti-Islamic PEGIDA Beyond Germany: Explaining Differences in Mobilisation. In: *Journal of Intercultural Studies* 37(6), 556–573.
- Castelli Gattinara, Pietro/Pirro, Andrea L.* 2019: The Far Right as Social Movement. In: *European Societies* 21(4), 447–462.
- Castelli Gattinara, Pietro/Froio, Caterina/Pirro, Andrea L.* 2021: Far-Right Protest Mobilisation in Europe: Grievances, Opportunities and Resources. In: *European Journal of Political Research* (online vorab).
- Daphi, Priska/Haunss, Sebastian/Sommer, Moritz/Teune, Simon* 2021: Taking to the Streets in Germany – Disenchanted and Confident Critics in Mass Demonstrations. In: *German Politics* (online vorab).
- Earl, Jennifer/Martin, Andrew/McCarthy, John D./Soule, Sarah A.* 2004: The Use of Newspaper Data in the Study of Collective Action. In: *Annual Review of Sociology* 30, 65–80.
- Grande, Edgar/Hutter, Swen/Hunger, Sophia/Kanol, Eylem* 2021: Alles Covidioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland. WZB Discussion Paper ZZ 2021-601. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Hutter, Swen/Borbáth, Endre* 2019: Challenges from Left and Right. The Long-Term Dynamics of Protest and Electoral Politics in Western Europe. In: *European Societies* 21(4), 487–512.
- Hutter, Swen/Kriesi, Hanspeter* 2013: Movements of the Left, Movements of the Right Reconsidered. In: van Stekelenburg, Jacquelin/Roggeband, Conny/Klandermans, Bert (Hg.): *The Future of Social Movement Research: Dynamics, Mechanisms, and Processes*. University of Minnesota Press, 281–298.
- Marg, Stine/Trittel, Katharina/Schmitz, Christopher/Kopp, Julia/Walter, Franz* 2016: *NoPegida. Die helle Seite der Zivilgesellschaft?* Transcript.
- Meyer, David S./Staggenborg, Suzanne* 1996: Movements, Countermovements, and the Structure of Political Opportunity. In: *American Journal of Sociology* 101(6), 1628–60.

- Minkenberg, Michael* 2019: Between Party and Movement. Conceptual and Empirical Considerations of the Radical Right's Organizational Boundaries and Mobilization Processes. In: *European Societies* 21(4), 463–486.
- Mühe, Marieluise* 2021: Strategien und Dilemmata beim Abstand halten gegen Rechts: Pandemische Herausforderungen für zivilgesellschaftliche Mobilisierungen. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 34(2), 267–280.
- Panreck, Isabelle-Christine* 2021: Corona-Protteste in Sachsen. In: Kailitz, Steffen (Hg.): *Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen*. Sächsische Landeszentrale für Politische Bildung, 109–118.
- Patton, David F.* 2017: Monday, Monday: Eastern Protest Movements and German Party Politics since 1989. In: *German Politics* 26(4), 480–497.
- Rucht, Dieter* 2017: Rechtspopulismus als soziale Bewegung. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 30(2), 34–50.
- Rucht, Dieter* 2018: Mobilization Against Refugees and Asylum Seekers in Germany: A Social Movement Perspective. In: Rosenberger, Sieglinde/Stern, Verena/Merhaut, Nina (Hg.): *Protest Movements in Asylum and Deportation*. IMISCOE Research Series, 225–246.
- Snow, David* 2013: Identity Dilemmas, Discursive Fields, Identity Work, and Mobilization. Clarifying the Identity-Movement Nexus. In: van Stekelenburg, Jacqueliën/Roggeband, Conny/Klandermans, Bert (Hg.): *The Future of Social Movement Research: Dynamics, Mechanisms, and Processes*. University of Minnesota Press, 263–280.
- Stjepandić, Katarina/Steinhilper, Elias/Zaja, Sabrina* 2022: Forging Plural Coalitions in Times of Polarisation: Protest for an Open Society in Germany. In: *German Politics* (online vorab).
- Tilly, Charles/Tarrow, Sidney* 2015: *Contentious Politics*. Oxford University Press.
- Virchow, Fabian* 2016: PEGIDA: Understanding the Emergence and Essence of Nativist Protest in Dresden. In: *Journal of Intercultural Studies* 37(6), 541–555.
- Volk, Sabine* 2020: 'Wir sind das Volk!' Representative Claim-Making and Populist Style in the PEGIDA Movement's Discourse. In: *German Politics* 29(4), 599–616.
- Vorländer, Hans/Herold, Maik/Schäller, Steven* 2018: *PEGIDA and New Right-Wing Populism in Germany*. Palgrave Macmillan.
- Vüllers, Johannes/Hellmeier, Sebastian* 2022: Does Counter-Mobilization Contain Right-Wing Populist Movements? Evidence from Germany. In: *European Journal of Political Research* 61(1), 21–45.
- Zeller, Michael C.* 2021: Demobilising Far-Right Demonstration Campaigns: Coercive Counter-Mobilisation, State Social Control, and the Demobilisation of the Hess Gedenkmarsch Campaign. In: *Social Movement Studies* (online vorab).